

Die Welt gibt sich neue Ziele

Die Schweiz unterstützt die Idee universal geltender Uno-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung

Armutsbekämpfung und die Schonung natürlicher Ressourcen sollen zukünftig zusammen angegangen werden. Innerhalb der Uno setzt sich die Schweiz für eine umfassende Agenda für nachhaltige Entwicklung ein.

Markus Hofmann

Ende Jahr läuft die Zeit der acht Millenniums-Entwicklungsziele aus. Die vor 15 Jahren von der Staatengemeinschaft beschlossenen Ziele sollen durch 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung abgelöst werden, die einerseits auf den bisherigen aufbauen, andererseits aber auch weit über diese hinausgehen (siehe Zusatztext). Diese Woche haben die zwischenstaatlichen Schlussverhandlungen begonnen. An einem Gipfeltreffen im September sollen die neuen Ziele in New York verabschiedet werden. Sie sollen bis 2030 Bestand haben.

Alle müssen mitmachen

Die Millenniums-Entwicklungsziele werden damit ihren Dienst als strategischer und organisatorischer Rahmen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit getan haben – mehr oder weniger erfolgreich: Die wichtigste Wegmarke, die extreme Armut weltweit zu halbieren, ist erreicht worden (vor allem dank dem Wirtschaftswachstum in China). Auch die Ziele in Hinsicht auf eine verbesserte Trinkwasserversorgung wurden geschafft. Bei anderen Vorgaben, wie zum Beispiel der Hungerbekämpfung oder der Gleichstellung der Geschlechter, ist man auf Kurs.

Es gelang also, wichtige Entwicklungsschritte zu tätigen. Doch an den Millenniumszielen ist auch Kritik laut geworden: Die Ziele seien zu eng auf einzelne Themen fokussiert und würden sich schwergewichtig auf Probleme der Entwicklungsländer beziehen. Als grosser Mangel wurde betrachtet, dass ökologische Aspekte viel zu wenig beachtet worden seien. 2012 kamen die Staaten am Uno-Gipfel in Rio de Janeiro deshalb überein, einen integrativen und universalen Ansatz zu wählen: Die Armutsbekämpfung und die nachhaltige Entwicklung sollten nicht länger getrennt, sondern zusammen angegangen



Zu viel Abfall: Beim nachhaltigen Konsum besteht in der Schweiz noch Handlungsbedarf.

KARL MATHIS / KEYSTONE

17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung stehen zur Diskussion

hof. · Eine offene Arbeitsgruppe der Uno-Generalversammlung hat einen Vorschlag von 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung erarbeitet (sogenannte Sustainable Development Goals, SDG). Jedes Ziel wird jeweils noch in insgesamt 169 Unterzielen näher konkretisiert. Die Schweiz teilte sich in dieser Arbeitsgruppe einen Sitz mit Deutschland und Frankreich.

Die Ziele lauten wie folgt:

1. Armut in jeder Form und überall beenden. 2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern. 3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern. 4. Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für

alle fördern. 5. Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen. 6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten. 7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemässer Energie für alle sichern. 8. Dauerhaftes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern. 9. Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.

10. Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern. 11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen. 12. Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen. 13. Umgehend

Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen. 14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen. 15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen. 16. Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen. 17. Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben.

werden. Zudem sollen die Ziele nicht nur die Entwicklungsländer betreffen, sondern für alle Staaten verbindlich sein. Die Industriestaaten sollen also nicht nur wie bis anhin die weniger entwickelten Länder unterstützen, sie sind selbst auch aufgefordert, die Ziele der nachhaltigen Entwicklung im eigenen Land umzusetzen.

Schwierige Umsetzung

Eine der grössten Aufgabe besteht heute denn auch im Gegensatz von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit, wie Bernard Lehmann, Direktor des Bundesamts für Landwirtschaft, kürzlich an einer Veranstaltung an der Universität Bern sagte: Entweder man sei arm und belaste die Umwelt wenig, oder man sei wohlhabend und belaste die Umwelt stark. Eine nachhaltige Entwicklung versucht, die Bedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, ohne die natürlichen Ressourcen zu überbeanspruchen. Das heisst: Bei Massnahmen der Armutsbekämpfung müssen immer auch die Auswirkungen auf die Umwelt Berücksichtigung finden.

Für Thomas Breu, Direktor des Centre for Development and Environment der Universität Bern, stellen die neuen Ziele daher einen Fortschritt dar: Mit ihnen würden die Wechselwirkungen von Wachstum und Ressourcenverbrauch ins Blickfeld gerückt. Die Beachtung aller drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Soziales, Ökologie – mache die Umsetzung allerdings nicht einfach, sondern vielmehr komplizierter, gibt er zu bedenken.

Als eine historische Chance für die Weltgemeinschaft bezeichnet Tatjana von Steiger, Ministerin der Ständigen Mission der Schweiz bei der Uno in New York, die Ziele. Man könne damit ein Zeichen für die kommenden 15 Jahre setzen. Positiv sei, dass alle Staaten angesprochen würden; die Ziele gingen auch uns etwas an, meint von Steiger. Vor allem im Bereich des nachhaltigen Konsums und der nachhaltigen Produktion (12. Ziel) sieht sie in der Schweiz Handlungsbedarf. In den Verhandlungen bestünde nun aber die Gefahr, dass die Ziele neu verhandelt oder in der Zahl reduziert würden. Die Schweiz will an den 17 Zielen festhalten und sich für ein gutes Monitoring und eine Rechenschaftspflicht einsetzen.

Eine neue Brücke für Aarau

Kantonsparlament entscheidet über Kredit von 23 Millionen Franken

Mit dem Projekt «Pont Neuf» soll in Zukunft die Altstadt von Aarau mit den Wohngebieten im Norden der Stadt verbunden werden. Gleichzeitig soll das Aareufer aufgewertet werden.

Erich Aschwanden, Aarau

Eine Kettenbrücke, wie sie etwa das Erscheinungsbild von Budapest prägt, gibt es in Aarau schon seit mehr als 65 Jahren nicht mehr. Obwohl der Aareübergang im Norden der Stadt seit 1949 aus Stahlbeton besteht, wird er von den Aarauerinnen und Aarauern aber immer noch Kettenbrücke genannt. Auch der bis 2013 am Brückenkopf gelegene legendäre Nachtclub nannte sich ganz selbstverständlich «Kettenbrücke», ebenso wie das Hotel, das gegenwärtig an der gleichen Stelle erbaut wird.

Gut, aber teuer

Doch wahrscheinlich werden sich die Aarauer bald an einen im wahrsten Sinne des Wortes neuen Namen gewöhnen müssen. «Pont Neuf» heisst nämlich das Projekt, das nach dem Jahr 2017 die Verbindung zwischen der Altstadt und den Neubaugebieten sowie den umliegenden Gemeinden im Norden herstellen soll.

Diese kühnen Pläne für einen kompletten Neubau wurden vor fünf Jahren von der Wettbewerbsjury nicht nur einstimmig zum Siegerprojekt erkoren, sondern brachten das Gremium geradezu ins Schwärmen. «Die Brücke besitzt jene eindruckliche Mischung von Schwere und Kühnheit, wie sie Brücken zur Zeit um 1900 eigen ist», heisst es in der Beurteilung. Die elegante Bogenbrücke mit fünf Öffnungen wird zwar aus modernem Stahlbeton erstellt, soll jedoch in ihrem Aussehen an eine Steinbrücke aus Jurakalk erinnern.

Doch wie so oft im Leben sind Dinge, die gut sind, auch teuer. Auf stolze 33 Millionen Franken soll die neue Brücke über die Aare zu stehen kommen. Ein erstes – finanziell nicht ganz unbedeutendes – Zeichen der Zuneigung haben die Aarauer bereits im vergangenen September gesetzt. Mit grosser Mehrheit bewilligten sie an der Urne einen Beitrag von rund 10 Millionen Franken für das Bauwerk, welches das Gesicht der Stadt neu prägen wird.

Mit dieser Kreditzusage ist allerdings der Brückenschlag noch nicht vollständig geschafft. In einer seiner nächsten Sitzungen muss auch der Aargauer Grosse Rat 23 Millionen Franken sprechen, damit in der Hauptstadt die Bagger auffahren können. Doch auch im Kantonsparlament sehen die Perspektiven für das Projekt «Pont Neuf» gut aus. In der Vernehmlassung hat keine Partei

grundsätzliche Opposition angemeldet, was bei einem derart umfangreichen und teuren Strassenbauprojekt alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist.

Naturnahes Ufer

Der Aarauer Stadtrat Werner Schib ist denn auch optimistisch, dass der Kanton die benötigten Mittel auch tatsächlich bewilligen wird. Mit «Pont Neuf» erhält die Hauptstadt einerseits einen leistungsfähigen Verkehrsweg Richtung Norden, der gegenwärtig von 21 000 Fahrzeugen pro Tag benutzt wird. Andererseits wollen die Stadtbehörden die Chance nutzen, um den Raum um die beiden Brückenköpfe attraktiver zu gestalten. So werden auf beiden Flussseiten die Uferwege und der Raum unter der Brücke verbreitert. Im Bereich der Zu- und Wegfahrtsrampen auf der Nordseite werden entlang des Uferwegs neue Bäume gepflanzt. Sie bilden einen ökologisch wertvollen Ersatz für wegfallendes Strauchwerk. Insgesamt wird die Nordseite naturnaher und ökologischer gestaltet.

Mit den Bauarbeiten soll im Jahr 2016 begonnen werden, sofern gegen den Kantonsratsbeschluss nicht das Referendum ergriffen wird. In den andert-halb Jahren Bauzeit wird eine Ersatzbrücke sicherstellen, dass es in der Kantonshauptstadt nicht zu einem Verkehrskollaps kommt.

IN KÜRZE

Höhere Preise für Energie

disc. · Während die Initiative «Energie statt Mehrwertsteuer» der Grünliberalen laut den Initianten in einer ersten Phase eine Verteuerung des Benzins um 1 Franken 30 und eine Erhöhung der Strompreise um 10 bis 15 Rappen pro Kilowattstunde brächte, sind die Ansätze, die der Bundesrat mit Blick auf sein nach 2020 geplantes Lenkungs-system plant, erheblich moderater. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf sprach mit Blick auf eine für März vorgesehene Vernehmlassungsvorlage gegenüber der «Aargauer Zeitung» von maximal 26 Rappen pro Liter Benzin und maximal 5 Rappen pro Kilowattstunde Strom. Die Werte dieser Lenkungsabgaben, die an die Bürger zurückerstattet würden, entsprechen damit dem Rahmen der bisherigen Ankündigungen und Studien aus dem Finanzdepartement.

Beim Fracking nicht einmischen

(sda) · Der Bundesrat soll sich in die Fracking-Pläne zur Erdgas-Förderung am Bodensee nicht einmischen. Dieser Auffassung ist die Umweltkommission des Ständerates. Sie beantragt ihrem Rat, eine Motion aus dem Nationalrat abzulehnen. Der Nationalrat hatte im Herbst einen Vorstoss von Lukas Reimann (svp., St. Gallen) angenommen. Er möchte den Bundesrat beauftragen, sich auf internationaler Ebene gegen Fracking-Pläne am Bodensee einzusetzen. Umweltministerin Doris Leuthard spricht sich indes gegen die Motion aus.

Das Umweltschutzgesetz und andere Bundesvorschriften würden auch beim Fracking gelten, stellte sie klar. Das Genehmigungsverfahren aber falle komplett unter kantonales Recht.

Keine Bewilligung für Pegida

-yr. · Das Gesuch, am 5. Februar auf dem Marktplatz in Basel eine Pegida-Kundgebung abzuhalten, ist abgelehnt worden. Ein Sprecher der Kantons-polizei Basel-Stadt hat am Donnerstag entsprechende Berichte verschiedener Basler Online-Medien bestätigt. Die Polizei macht für die Absage Sicherheitsbedenken geltend und verweist auf die jüngsten Vorfälle in Deutschland. Das Gesuch im Namen der Pegida – «Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes» – war vom streitbaren Basler Grossrat Eric Weber eingereicht worden.

Erklärungen bei Waffenexporten

(sda) · Damit Schweizer Waffen und Munition nicht in Kriegsgebieten zum Einsatz kommen, setzt die Schweiz auf Nichtwiederausfuhr-Erklärungen. Daran halten sich die Länder, wie der Bund bei Kontrollen feststellte. Die Schweiz führte seit 2013 in der Ukraine sowie in Brasilien, Indien, Kasachstan, Katar und Libanon Kontrollen durch. In all diesen Ländern zeigte sich nach Angaben des Staatssekretariats für Wirtschaft, dass diese das erhaltene Kriegsmaterial nicht ohne das Einverständnis der Schweiz weiter exportiert haben.